

Lahnsteiner Resolution

zur Lösung des Altschuldenproblems der Stadt Lahnstein sowie der Sicherung der kommunalen Finanzen

Die aktuelle, durch die Corona-Pandemie verursachte Krise, hat den Haushalt der Stadt Lahnstein bis ins Mark getroffen. Insbesondere durch den Ausfall von rund 3 Millionen Euro an Gewerbesteuererträgen hat sich die bereits in gleicher Höhe vorhandene Lücke im Ergebnishaushalt verdoppelt. Trotz aller Anstrengungen, die bereits die Haushaltsberatungen für den Haushalt 2020 in nie dagewesener Weise geprägt haben, ist ein Haushaltsausgleich in noch weitere Ferne gerückt.

Im Rahmen des am 03.06.2020 im Koalitionsausschuss beschlossenen Konjunkturpaktes wurde zumindest für die Gewerbesteuerausfälle, die für die Kommunen besonders existenzbedrohend sind, eine Lösung erarbeitet, die nunmehr schnellstmöglich umgesetzt werden muss. Hiernach trägt der Bund die Ausfälle der Kommunen zur Hälfte. Eine Zusage zur Übernahme der anderen Hälfte durch die rheinland-pfälzische Landesregierung liegt ebenfalls vor.

Diese Lösung wird – vorbehaltlich ihrer schnellen Umsetzung – begrüßt.

Nicht realisiert wurde eine Lösung der kommunalen Altschuldenproblematik. Zwar hatte der Bundesfinanzminister eine hälftige Übernahme der kommunalen Altschulden durch den Bund ins Gespräch gebracht, eine Realisierung scheiterte am Widerstand einiger Bundesländer, die ihrerseits die andere Hälfte aufbringen sollten.

Ohne eine Lösung der kommunalen Altschuldenproblematik ist eine dauerhafte, nachhaltige Entwicklung der Finanzen der Stadt Lahnstein nicht möglich. Deswegen engagiert sich die Stadt bereits seit Jahren im Aktionsbündnis „Für die Würde der Städte“ mit dem Ziel, einen Altschuldenschnitt durch Bund und Länder zu erreichen.

Politik bewährt sich vor Ort. Das hat sich in der Corona-Pandemie erneut bestätigt. Gerade weil die Kommunen die Entscheidungen von Bund und Land zuverlässig, glaubwürdig und engagiert umsetzen und kontrollieren, meistern Staat und Demokratie die Krise.

Um die kommunale Daseinsvorsorge zu sichern, droht ihnen ohne schnelle Bundes- und Länderhilfe wiederum das Aufhäufen weiterer Schuldenberge, die sie selbst niemals allein abtragen können. Ein Teufelskreis!

Daher fordert der Stadtrat der Stadt Lahnstein die Landesregierung auf, schnellstmöglich folgende Maßnahmen zur Sicherung der kommunalen Finanzen in Rheinland-Pfalz zu treffen:

- **Der Rat der Stadt Lahnstein begrüßt die im Rahmen des Konjunkturpakets vorgesehene hälftige Kompensation der Gewerbesteuerausfälle durch den Bund ebenso wie die Bemühungen der Landesregierung, die andere Hälfte zu kompensieren.**
- **Der Stadtrat fordert Bund und Land auf, eine zeitnahe Auszahlung der Kompensation zu veranlassen.**

- **Der Rat fordert Bund und Land auf, ebenfalls zeitnah eine Lösung der Altschuldenproblematik zu erarbeiten. Der Stadtrat macht sich diesbezüglich die Position des Aktionsbündnisses „Für die Würde der Städte“ zu Eigen.**
- **Letztlich ist das Land Rheinland-Pfalz für eine angemessene finanzielle Ausstattung seiner Kommunen zuständig. Sollte eine Lösung auf Bundesebene ausbleiben, fordert der Rat der Stadt Lahnstein die Landesregierung auf, nötigenfalls eine Altschuldenlösung auf Landesebene zu realisieren.**
- **Der Rat richtet den nachdrücklichen Appell an Bund und Land, die Finanzausstattung der Kommunen – insbesondere im Rahmen des Finanzausgleichs – so zu gestalten, dass diese künftig auch weiterhin ohne neue Schulden auskommen können und ihre vielfältigen Aufgaben der Daseinsfürsorge erfüllen können.**